



Verband der Schweizer Studierendenschaften
Union des Etudiant·e·s de Suisse
Unione Svizzera degli Universitari
Uniun svizra da studentas e students

Laupenstrasse 2 Tel. +41 31 382 11 71 info@vss-unes.ch
CH - 3001 Bern Fax +41 31 382 11 76 www.vss-unes.ch

An die Medien

Bern, 31. August 2006

BFI Botschaft des Bundesrates lautet: Priorität Rückzug
VSS fordert ParlamentarierInnen auf höheres Wachstum zu beschliessen

Mit Interesse und vielen Fragezeichen hat der VSS die Debatte um das künftige Engagement des Bundes im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2008-2011 verfolgt. Bisher herrschte Einigkeit, dass ein Wachstum um 6% zur Erhaltung des Status quo beitragen würde – 4,5% bedeuten demnach einen Rückbau. Ein solcher Schritt in einer Expansionsphase mit dem Ausbau der Fachhochschulen, dem Anschwellen der Studierendenzahlen und Eliteträumen ist fatal. Unumstösslich werden dann Kürzungen in allen Bereichen, u.U. sogar bei Notwendigkeiten wie neu einzurichtenden Masterstudiengängen an Fachhochschulen. Weitere kritische Bereiche sind:

- **Bildungszugang:** Chancengleichheit beim (Hoch-)Schulzugang ist weiterhin ein reines Lippenbekenntnis, wie die Studie zur sozialen Lage der Studierenden des Bundesamtes für Statistik bewiesen hat. Dem Ausbau und der Harmonisierung des Stipendienwesens ist daher äusserste Priorität einzuräumen. Gleichzeitig muss von der Erhöhung der **Studiengebühren** abgesehen werden. Schon in der Botschaft 2004-2007 wird darauf hingewiesen (1.6.2), dass der Anteil von Studiengebühren bei der Finanzierung marginal ist. Hingewiesen wird zudem darauf, «dass auch aus einer starken Erhöhung kein bedeutender wirtschaftlicher Beitrag resultieren würde.»
- **Zulassungsbeschränkungen:** Des Weiteren kann in verschiedenen Kreisen (sowohl bei Hochschulen wie auch Kantonen) schon das Raunen von einer flächendeckenden Einführung eines Numerus Clausus vernommen werden. Negatives Beispiel: Medizinstudium.
- **Gleichstellung:** Besonders zu berücksichtigen sind die Weiterführung von Anreizsystemen, die Erweiterung von Mentoringprogrammen, der Ausbau von Weiterbildungsmaßnahmen für Wissenschaftlerinnen und die Schaffung von mehr Kinderbetreuungsangeboten. Zusätzlich sollte ein Programm zum Abbau der horizontalen Segregation eingerichtet werden und dementsprechend mit Mitteln ausgestattet sein.
- **Betreuungsverhältnisse:** Der vor vier Jahren begonnene Prozess muss fortgesetzt werden, d.h. die Mittel müssen in mindestens ebensolcher Höhe für die nächste Periode bereitgestellt werden. Da sich gezeigt hat, dass die bisherigen Anstrengungen nur einen Tropfen auf den heissen Stein waren. Die Mittel müssen weiterhin Zweckgebunden sein. Berichte über die Verwendung der Gelder an den einzelnen Hochschulen sollten Aufschluss geben. Im jüngsten Bologna-Reporting der CRUS offenbart etwa die Universität Basel ein Betreuungsverhältnis von 1 ProfessorIn zu 120 Studierenden – ideal wäre maximal 1 - 40. Das ist kein Einzelfall und absolut unzumutbar. Der vom Bundesamt für Statistik prognostizierte Anstieg von über 20% bei den Berufsmaturitäten und gymnasialen Maturität bis zum Jahr 2011 sowie der wünschenswerte und erwünschte Zuzug ausländischer Studierender wird die Situation noch verschärfen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Guillaume Henchoz
Co-Präsident UNES
078 886 74 06

Rahel Imobersteg
Co-Präsidentin VSS
079 297 70 38

Christian Schneijderberg
Politischer Sekretär VSS
077 415 62 39